Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich Pfg., monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich Pfg., vierteljährlich Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unverlangte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614

Anzeigenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit Teuerungszuschlag. Z. zand und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil laut von Behörden festgesetzt die Grundzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend Mk., bei Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtlicher Platzvorschrift und Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtlicher Einziehung, gemischsame Anzeigen verzögern. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Amtlicher Teil.

Die nachstehend unter ⊙ aufgeführten **Aenderungen einiger Preise der Deutschen Arzneitaxe 1920** treten am 10. Mai 1920 in Kraft.

Dresden, am 11. Mai 1920. 393 IV Mb.

Ministerium des Innern.

⊙ Acidum salicylicum	1 g	= —,30	Mk.
	10 g	= 2,45	„
	100 g	= 19,70	„
Balsamum peruvianum	1 g	= 1,40	„
	10 g	= 11,25	„
	100 g	= 90,05	„
Mentholum valerianicum	1 g	= 6,—	„
	10 g	= 48,15	„
Natrium salicylicum	1 g	= —,35	„
	10 g	= 2,70	„
	100 g	= 21,65	„
Pyramidon	0,1 g	= —,10	„
	1 g	= —,95	„
	10 g	= 7,65	„
Validol	1 g	= 6,75	Mk.
	10 g	= 54,15	„
Validol camphoratum	1 g	= 6,75	„
	10 g	= 54,15	„

Der Rechtsanwalt Herr **Alfred Hofmann in Wilsdruff** ist zum **Notar für Wilsdruff** ernannt und heute als solcher verpflichtet worden. V. Reg. 136/20

Wilsdruff, am 17. Mai 1920. 4172 **Amtsgericht Wilsdruff.**

Auf Blatt 118 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **C. R. Sebastian & Co.** Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in **Wilsdruff** betr., ist eingetragen worden, daß der Zigarrenfabrikant **Georg Reimer in Döbeln** zum **Geschäftsführer** bestellt worden ist. A Reg 63/20

Wilsdruff, am 12. Mai 1920. 4154 **Amtsgericht Wilsdruff.**

Stockholz-Verkauf. **Mittwoch** den 19. Mai von 9 bis 12 Uhr im Hofe des Verwaltungsgebäudes — Zentner 8 Mark.

Wilsdruff, am 14. Mai 1920. 4153 **Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.**

Das Ergebnis der Ententekonferenz in Hythe

Hinausschiebung der Konferenz in Spaa — Vorläufige Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages in vollem Umfange.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die französischen Behörden erkennen an, daß die deutschen Truppenbestände nunmehr den Anforderungen des Friedensvertrages entsprechen und daß der Maingau jetzt zu räumen sei.

* Reichswehrminister Dr. Geßler ist ins Ruhrrevier abgereist, um sich persönlich von dem Stand der militärischen Angelegenheiten zu überzeugen.

* Der Vatikan hat eine Nuntiatur in Berlin errichtet und zum ersten Nuntius Monsignore Pacelli ernannt.

* Sangerhausen ist durch einen Putsch von bewaffneten Arbeitern in ihre Gewalt gebracht worden. Sie erklärten die Regierung für abgesetzt.

* In Esslingen wurde in eine Zentrumsversammlung, in der Erzberger sprach, eine Handgranate geworfen. Verletzt wurde niemand.

* Frankreich will einen Oberrat der Eisenbahnen einführen, der aus 24 Vertretern der Eisenbahndirektionen und 24 Vertretern des Volkes bestehen soll.

* Einer Konstantinopeler Meldung zufolge hat Aserbeidschan an Armenien den Krieg erklärt.

Entscheidungen im Osten.

Der Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der kleinen lettischen Republik soll so gut wie abgeschlossen sein, und man spricht bereits davon, daß Herr v. Rabowitz, Gesandter und vorübergehend auch einmal Chef der Reichskanzlei, als Deutschlands erster diplomatischer Vertreter für Riga in Aussicht genommen sei. Auch die Sowjet-Regierung soll endlich einen Friedensvertrag zustandegebracht haben, wenn auch nur mit dem neuen Staatswesen Georgien, das gerade keine weltbewegende Rolle in dem Staatenleben der Zukunft zu spielen berufen sein dürfte.

Was wollen indessen diese Geringfügigkeiten bedeuten gegenüber der Tatsache, daß der russisch-polnische Krieg aufs neue entbrannt ist, und zwar mit einer Heftigkeit, die alle bisherigen Kämpfe zwischen dem alten und dem neu erstandenen Reiche weit in den Schatten stellt? Kiew, Odessa sind bereits in den Händen der polnisch-ukrainischen Armee. Polen reicht also wieder einmal „von Meer zu Meer" — der Traum aller Nationalpolen scheint endlich in ungeahnter Größe und Herrlichkeit in Erfüllung gehen zu wollen. Die Sowjet-Regierung hat zwar bereits zum Gegenstoß ausgeholt, aber es sieht fast so aus, als sollte er diesmal zu spät kommen. Und daß sie es auch hier im Süden wiederum mit England und Frankreich zu tun hat, die nicht aufhören mit Anstrengungen, dem Räte-Rußland irgendwie und irgendwo, mit anständigen und auch mit unanständigen Mitteln beizukommen, das unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die siegreichen Westmächte wollen ja auch nicht eher Ruhe geben, als bis das ehemalige Zarenreich ihnen ebenso unterworfen zu Füßen liegt wie das übrige Europa. Erst dann könnten sie das jetzt von ihnen mit Blut und Eisen aufgerichtete großkapitalistische Herrschaftssystem, das sie „Völkerfrieden" nennen, als dauernd gesichert ansehen.

Kein Wunder, daß Lenin und Trotzki sich mit aller ihnen noch verbliebenen Macht gegen die Rolle sträuben, die ihnen freundlichst zugedacht wird. Sie haben die kaufmännischen Organisationen, die bereits mit einem Fuße im englischen Lager standen, um die alten Geschäftsbeziehungen zu erneuern, geschlossen und ihre Leiter verhaftet; sie haben aber auch mit der Entschlossenheit zu den Waffen gegriffen, um den in das heilige Rußland eingedrungenen Feind zu schlagen. Kein Wunder aber auch, daß die international gesinnte Arbeiterschaft den neuen politischen Angriffskrieg mit schärfstem Widerspruch begleitet. Die Demonstrationen in Berlin haben zunächst natürlich nur platonische Bedeutung. Die Londoner Hafenarbeiter dagegen haben schon beschlossen, kein Schiff zu laden, das Kriegsmittel nach einem mit der russischen Räteregierung verfeindeten Lande führt, und infolge dieses Beschlusses mußte bereits ein englisches Schiff, das Kanonen und Munition für die polnische Regierung an Bord hatte, diese Kriegsvorräte wieder an Land geben und andere Ladung einnehmen. Man erinnert sich noch, daß die britischen Arbeiter mit diesen und ähnlichen Zwangsmitteln die Einstellung des Murman-Feldzuges erreichten. Der neueste Polenkrieg dürfte zwar nicht in gleicher Weise wie jenes etwas abenteuerliche Unternehmen auf ununterbrochenen Nachschub angewiesen sein, aber ganz auf sich selbst gestellt, würde die Warschauer Regierung die bisherigen Erfolge ihrer Truppen doch nicht behaupten können. Mit bloßen Glückwunschtelegrammen, selbst wenn sie die königliche Majestät von Großbritannien und Irland zum Verfasser haben, sind kriegerische Lorbeeren nicht gut zu pflücken. Zieht man ferner noch in Betracht, daß die Börse die herrlichen Siegesmeldungen aus Warschau mit einer immer tieferen Bewertung der polnischen Mark beantwortet hat — sie gilt jetzt knapp noch den vierten Teil der deutschen Mark —, so wird man kaum anders sagen können, als daß die edlen Polen ihre kühnen Hoffnungen und Entwürfe schwerlich werden zum Reifen kommen sehen.

Und ebenso wenig natürlich die Westmächte. In demselben Augenblick, wo sie das türkische Reich auf dem Papier ihres Friedensvertrages in Fetzen reißen, bildet Mustapha Kemal Pascha, gestützt auf die statliche Militärmacht, die er sich in mühseliger patriotischer Arbeit herangebildet hat, in Angora ein eigenes Kabinett, unter dessen Führung die Nationalversammlung beschloß, alle Verträge und Abkommen, die seit dem Waffenstillstand mit einer auswärtigen Macht abgeschlossen worden sind, zu annullieren. Nicht genug damit, wurde auch jeder durch die Nationalversammlung nicht ermächtigten Person das Recht abgesprochen, das türkische Reich auf der Friedenskonferenz zu vertreten. In Konstantinopel also, und wo sonst ihre Schiffskanonen noch hinreichen, kann die Entente befehlen, was sie will; das türkische Volk hat sich diesem Befehlsbereich entzogen, und es besitzt noch tapfere Männer genug, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verwirklichen suchen, wie sie es auffassen.

In Rußland sowohl wie im nahen Osten werden die Westmächte auch sehr lange um die Entscheidungen kämpfen müssen, die sie den Moskowitern wie den Osmanen mit Gewalt aufdrängen wollen. Nur in der Mitte Europas ist es ihnen verhältnismäßig leicht gemacht worden, die neue Weltverteilung durchzusetzen, die ihre Börsen und Industriegewaltigen sich in den Kopf gesetzt hatten.

Kein Freistaat Oberschlesien.

Erklärung Leronds.

In einer Besprechung, die der Präsident der interalliierten Regierung, General Lerond, mit einem Pressevertreter hatte, erklärte der General, daß die oberschlesische Freistaatsbewegung zwecklos sei. Nach dem Friedensvertrag könne nur darüber abgestimmt werden, ob die Provinz bei Deutschland bleiben oder an Polen fallen wolle.

Die Entwicklung in Oberschlesien

scheint, so wird von sachkundiger Seite berichtet, in schnellen Fluß gekommen zu sein. Während die deutsch-gesinnte Bevölkerung sich bislang in Verteidigung ihrer Rechte gegen die Bedrückung durch die Entente-Kommission und gegen die Anmaßungen der Polen nur gewehrt hat, scheinen die Polen den Zeitpunkt für gekommen zu erachten, um offensiv nicht nur gegen die Deutschen, sondern, wenn es nicht anders geht, auch gegen die Entente vorzugehen. Die Aufdeckung der polnischen Verschwörerpläne hat die Oberschlesien bedrohende große Gefahr grell beleuchtet und in das Lager der Polen begreifliche Aufregung gebracht. Je ungünstiger sich die Verhältnisse in Oberschlesien für Polen gestalten, je mehr insbesondere auch der polnisch sprechende Teil der oberschlesischen Arbeiterschaft zur Erkenntnis gelangt, daß es um seine Zukunft bei Polen jedenfalls schlechter bestellt sein würde als bei Deutschland, umso mehr scheint in Warschau der Wille zu erstarken, Oberschlesien mit Gewalt an sich zu reißen, wenn es auf dem Wege der Abstimmung nicht gelingen sollte. Aus diesem Grunde ist in den letzten Monaten die polnische militärische Geheim-Organisation in Oberschlesien eifrig gefördert worden und an der oberschlesischen Grenze sind auffallend viel reguläre polnische Truppen verteilt. Auch die Entente-Kommission in Oppeln erkennt die Oberschlesien bedrohende Gefahr und kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß durch das terroristische Vorgehen der Polen unter Führung Warschaus die Oberschlesien betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages ernstlich gefährdet sind. Es liegt nicht im deutschen Interesse, die Stellung der Entente, die für die Ausführung des Friedensvertrages verantwortlich ist, noch mehr zu erschüttern. Ein Gebot politischer Klugheit ist es darum auch, daß der deutschgesinnte Teil der oberschlesischen Bevölkerung jetzt Ruhe hält und sich durch die polnischen Provokationen nicht zu Gegenaktionen hinreißen läßt, die die Lage der Entente-Kommission in Oppeln noch unhaltbarer machen müßten, als sie jetzt schon ist.

Kommunistenputsch in Sangerhausen.

Halle a. S., 15. Mai.

Die Stadt Sangerhausen ist durch einen Putsch in größte Aufregung gestürzt worden.

Heute morgen besetzten plötzlich bewaffnete Arbeiterscharen alle Straßen und öffentlichen Gebäude. An den Ecken und Litfaßsäulen klebten Plakate mit der Ankündigung, daß die Regierung gestürzt und in die Hände der Linksradikalen übergegangen sei. Alle Waffen und alle Munition sei bis zum Nachmittag auf dem Rathause abzuliefern. Diebstahl, Plünderung und Wucher würden mit dem Tode bestraft. Die ganze Stadt ist in den Händen der bewaffneten Arbeiter. Der Aktionsausschuß in Sangerhausen, von dem der Putsch vermutlich ausgeht, hat das Rathaus besetzt, von der Post 300 000 Mark und von einer Privatbank 200 000 Mark mit Waffengewalt geholt.

Bereits im März 1919 und ebenso im März 1920 nach dem Kapp-Unternehmen fanden in der Gegend Sangerhausens starke Unruhen statt, so daß man von dem „mitteldeutschen Unruhegebiet" damals mit Besorgnis sprach.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF